

Protokoll

über die Sitzung

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus
am Donnerstag, dem 10.06.2021, 19:00 Uhr,
in der Aula der Schule "Altes Amt Friedeburg" in Friedeburg, Lüttmoorland 2**

Anwesend:

→ Ausschussmitglieder

Björn Fischer, Marx (Vorsitzender)
Hermann Behrends, Hesel
Maike Eilers,
Arthur Engelbrecht,
Andreas Haak, Etzel
Frauke Heeren, Reepsholt
Thorsten Hyda, Friedeburg
Walter Johansen, Horsten
Burkhard Putschke, Friedeburg
Doris Stehle, Horsten

→ beratende Mitglieder für den Jugendbereich

Ole Weber, Jugendparlament

→ Vertreter der Verwaltung

Helfried Goetz, Bürgermeister
GAR Matthias Rahmann
Verw.-Angest. Harald Menßen

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 01.06.2021 zur Sitzung eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

Der vorliegenden Tagesordnung – öffentlicher Teil – wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.05.2021

Das Protokoll der Sitzung vom 19.05.2021 wurde mit 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es folgende Wortmeldungen:

1. Herr H. aus Horsten bezog sich auf einen Zeitungsbericht über das Gewerbesteueraufkommen in Friedeburg, anlässlich des Besuchs der Bundestagskandidatin Anne Janssen bei der Kavernenanlage in Etzel. Herr H. wollte wissen, wie viel Gewerbesteuer aus dem Kavernenbetrieb letztlich bei der Gemeinde ankommen würde. Der BM antwortete, dass zunächst natürlich das Steuergeheimnis gelte und so keine konkreten Beträge genannt werden dürften. Die bereits öffentlich genannte Zahl seien die 50 Mio. Euro an Einnahmen der letzten 10 Jahre. Grundsätzlich käme bei hohen Einnahmen zum Teil zeitverzögert aber der Katzenjammer bei der Zahlung z. B. der Kreisumlage, Gewerbesteuerumlage und Veränderungen bei entsprechenden Einnahmen aus Steuerumlagen. Am Ende verblieben so bei der Gemeinde nur 20 Cent von einem Euro Steuereinnahme. Ratsfrau Stehle fragte hierzu nach wie viel Gewerbesteuereinnahmen von den Firmen, die nicht in der Gemeinde ansässig sind, durch die Zerlegung in der Gemeinde verbleiben würden. Der BM teilte mit, dass es diese Zerlegungen gebe und nie die gesamte Summe erhoben würde. Eine Aufschlüsselung dieser Anteile gebe es aber nicht.

TOP 6 Bericht über den Sachstand Jahresabschluss 2011 Vorlage: 2021-049

Der BM erklärte dass die geplante Vorstellung durch die Uelzener Doppik Beratungsgesellschaft mbH zum Sachstand des Jahresabschlusses nicht stattfinden könne, da der zuständige Mitarbeiter erkrankt sei. Es sei der Beratungsgesellschaft ebenfalls nicht möglich gewesen eine Ersatzperson zu stellen. Eine ersatzweise am Tag der heutigen Sitzung gegen Mittag zugesandte Präsentation der Beratungsgesellschaft habe man seitens der Verwaltung nicht für aktuell und gut befunden und würde daher auf deren Vorstellung verzichten. Der BM äußerte hierüber seine Enttäuschung und erklärte weiter seine große Unzufriedenheit mit der Unterstützung durch die Beratungsgesellschaft. So hätten leider nun schon viele Beratungstermine nicht stattfinden können und auch Rückmeldungen würden nicht zufriedenstellend erfolgen. Dies sei insbesondere bedauerlich, da im Bereich der Finanzen aufgrund großer personellen Veränderungen eine zeitnahe Unterstützung besonders wünschenswert gewesen wäre. Der Fortschritt bei der Bearbeitung des Jahresabschlusses sei u.a. deswegen leider nicht so weit wie er sein sollte. Hinzu kämen mit der Einführung der E-Rechnung und der Umsatzsteuer für Kommunen weitere Herausforderungen auf den Bereich Finanzen zu. Nach Erläuterung der vertraglichen Gestaltung mit der Beratungsfirma und weiterer Erfahrungen, erläuterte der BM zum Sachstand des Jahresabschlusses, dass aktuell

1. alle Anlagen erfasst und eingebucht worden seien.
2. die Rückstellungen überwiegend vorlägen und auch schon eingebucht sind.
3. die Bewertung der offenen Posten noch ausstehen würde.
4. der Beratungsfirma Daten für die Forderungsbereinigung zur Verfügung gestellt worden seien.
5. ca. 100 Belegordner noch durchzuschauen seien.

Es sei also bereits vieles erledigt worden, es seien aber auch noch einige Arbeitspakete offen, weshalb er aktuell auf die Nennung eines Datums für die Fertigstellung verzichten werde.

Ratsherr Haak erkundigte sich wie die Vertragsgestaltung aussieht und ob es eine Ausstiegsklausel im Vertrag mit der Beratungsfirma gebe. Zur Forderungsbereinigung empfahl er Erfahrungswerte anderer Kommunen mit einzubeziehen.

Der BM erwiderte, dass er in den nächsten Tagen mit dem Geschäftsführer Herrn Diekmann sprechen werde, um zunächst eine einvernehmliche Lösung herzustellen. Falls keine Lösung zu erzielen sei, könne ggf. auch eine Auflösung des Vertrages thematisiert werden. Das Thema der Forderungsbereinigung sei im Übrigen gerade eines für die Beratungsgesellschaft, die Nachfrage bei anderen Kommunen bleibe aber natürlich auch eine mögliche Option.

Rh. Engelbrecht erklärte, dass dies keine guten Nachrichten seien. Aus seiner Sicht müsse eine Krankheitsvertretung immer gewährleistet sein. Er bat darum, dass bis zur nächsten VA-Sitzung eine Auskunft von der Uelzener Doppik Beratungsgesellschaft mbH vorliege.

Auf Nachfrage von Rf. Stehle erklärte der BM, dass noch Resttage aus 2020 vorhanden seien, auf welche man natürlich bestehen werde. Die Bezahlung für 2020 sei hierfür bereits erfolgt.

Rf. Stehle äußerte Unverständnis dafür, dass man mit die nun vorgetragene Kritik vorher immer unter dem Deckel gehalten habe. Ebenfalls sei es für Sie nicht verständlich, warum die Einführung der Umsatzsteuer schon vier Jahre bekannt sei und von der Verwaltung bisher nichts unternommen worden sei.

Der BM antwortete hierzu, dass man sich bereits ein Steuerberatungsbüro ausgesucht habe und auch bereits vorbereitende Dinge passiert seien. Es sei nicht so, dass man bisher noch nichts unternommen habe. Im Übrigen werde im Feuerwehrbereich schon seit zwei Jahren mit Umsatzsteuer gebucht. Darüber hinaus sei das Problem mit der Beratungsgesellschaft endgültig erst heute richtig hochgekocht.

Rh. Hyda sprach von einer traurigen Geschichte und mahnte an, dass man solche Informationen habe früher bekommen müssen und nicht erst nach seiner Aufforderung zur Sachstandsmitteilung. Ihm sei darüber hinaus schleierhaft, dass für das gezahlte Geld so wenig Leistung ankomme. Er bat um Zusendung der angesprochenen Präsentation der Beratungsgesellschaft und stellte zusammen mit Rf. Stehle den Antrag einen Vertreter der Uelzener Doppik GmbH zur nächsten Finanzausschusssitzung einzuladen, wo dieser dann die Beratungsarbeit darstellt und die Gründe für die Verzögerungen bei den Schlussbilanzen für die Jahre 2011 – 2020 erläutert.

Rf. Eilers erkundigte sich nach dem weiteren Vorgehen und den nächsten notwendigen Schritten, um in der Sache voranzukommen.

Der BM antwortete, dass der gestellte Antrag positiv gesehen werde. Er werde die Stimmungslage nun aufnehmen und dann im VA zu seinem Gespräch mit der Beratungsgesellschaft informieren. Weitere mögliche Schritte seien sicherlich auch kollegiale Hilfe beim Landkreis oder anderen Gemeinden anzufragen, um in der Sache auch intern weiterzukommen. Es sei, wie erläutert, noch ein großes Arbeitspaket was die eigenen Mitarbeiter zu erledigen hätten.

Rf. Heeren fragte, ob die Zahlung nicht zunächst eingestellt werden könne

Der BM erwiderte, dass er zurzeit nicht sagen kann, wann die Zahlung geleistet werden müsse.

Rh. Putschke erklärte, dass es aktuell eine missliche Situation sei. Er danke dem BM aber für die ehrlichen Worte und man müsse nun gemeinsam den Karren aus dem Dreck ziehen und die Jahresabschlüsse zügig abarbeiten. Die Politik solle die Verwaltung hierbei unterstützen. Das Gespräch mit der Beratungsfirma sei nun abzuwarten.

Dem Antrag von Rf. Stehle und Rh. Hyda wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

Der Sachstand zum Jahresabschluss 2011 wurde zur Kenntnis genommen. Ein Vortrag durch die Uelzener Doppik Beratungsgesellschaft mbH fand dabei nicht statt. Es erfolgte keine Beschlussfassung.

Rf. Stehle und Rh. Hyda stellten in der Sitzung den diesem Protokoll beigefügten Antrag, wonach ein Vertreter der Uelzener Doppik zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus eingeladen werden soll. Dieser soll die Beratungsarbeit darstellen und die Gründe für die Verzögerungen erläutern.

TOP 7 Anträge

**TOP 7.1 Einplanung eines eigenen Haushaltsansatzes für die Ertüchtigung von
Fahrradwegen (Antrag Rh. Haak vom 25.05.2021)
Vorlage: 2021-051**

Rh. Haak erläuterte seinen Antrag und stellte klar, dass es Ziel sei einen gesonderten Ansatz außerhalb des Produktes 5.4.1.01 Gemeindestraßen zu bilden.

Rh. Johansen erklärte, dass es zu dem Antrag noch viele Fragen gebe, welche zuerst zu klären seien. Hier sei zunächst bei den Ansätzen zwischen der Unterhaltung und dem Neubau zu differenzieren. Auch noch nicht geklärt sei die Frage wie groß das Fahrradwegenetz eigentlich sei und damit auch der Unterhaltungsbedarf. Bestimmte Wege seien vielleicht auch schon instandgesetzt worden. Ebenfalls gebe es bereits die Arbeitsgruppe Straßen, welche aber bisher noch nicht gelebt werde. Hier würden grds. die Maßnahmen an den Gemeindestraße abgestimmt, was aktuell auch Radwege mit einschließe. Für diese Maßnahme seien seit Jahren jeweils 400.000 € angesetzt, was so bereits nicht auskömmlich sei. Insofern stelle er den Antrag diese Fragen zunächst von der Verwaltung klären zu lassen und den Antrag nach Vorlage dieser Informationen dann in der nächsten Ausschusssitzung erneut zu beraten.

Rf. Stehle erklärte, dass man hier über zwei verschiedene Herangehensweisen diskutiere. Sicher müsse die Größenordnung eines Unterhaltungsansatzes bekannt sein. Es gehe beim Antrag aber ja zunächst nur darum eine eigene Position für diesen Bereich, aufgeteilt dann in Unterhaltung und Neubau, zu schaffen. Wie hoch die Ansätze dann am Ende seien müssten, wäre dann über einen weiteren Antrag im Rahmen der Haushaltsplanung zu klären.

Rh. Engelbrecht stimmte zu, dass zunächst sicher die Höhe des Ansatzes fehlen würde, gerne könne man aber einen eigenen Ansatz darstellen.

Der Vertreter des Jugendparlaments Weber ergänzte, dass in jedem Fall wichtig sei, dass die entsprechenden Schulwege in der Prioritätenliste oben stehen würden.

Rh. Haak fasste zusammen, dass es wohl sinnvoll sei, die Ansätze für Gemeindestraße und Radwege logistisch zu trennen. Ziel sei in keinem Fall die normale Unterhaltung der Gemeindestraßen anzugreifen. Zunächst gehe es in seinem Antrag nicht um die Höhe des Ansatzes, sondern darum, dass diese Position im Haushalt berücksichtigt wird.

Rh. Putschke führte aus, dass es wohl eine breite Bereitschaft gebe ein oder zwei Haushaltspositionen (Neubau und Sanierung) zu schaffen. Die Zahlen sollten aber bis zur nächsten Sitzung im September zunächst ermittelt werden, um dann nochmal darüber abzustimmen. Frage wäre ja unter anderem wie zu differenzieren sei zwischen einem Gemeindeweg und einem Radweg und ob diese Differenzierung überhaupt möglich sei.

Der BM antwortete hierauf, dass das was man allgemein als Radweg in der Gemeinde antrifft, z.B. an der Bundesstraße, in der Regel nicht unbedingt gemeindlicher Eigentum sei. Eine Trennung sei hier ansonsten sicher schwierig und eine genaue Definition eines reinen Radweges schwer zu geben.

Rh. Putschke ergänzte, dass man also über etwas beschließen was sehr schwer zu differenzieren sei. Frage sei ja wie viele Wege tatsächlich nur reine Radwege seien und nicht gleichzeitig auch eine Gemeindestraße.

Rh. Haak erklärte, es solle am Ende nur um reine Radwege gehen, wofür ein gesonderter Ansatz geschaffen werden solle.

Rh. Hyda erläuterte, dass allein durch die Einplanung einer Position im Haushalt sich nicht automatisch mehr Geld ergeben würde. Im Endeffekt werde durch den entsprechenden Deckungskreis dann Geld von einer anderen Haushaltsstelle in Anspruch genommen.

Rf. Eilers fasste aus ihrer Sicht zusammen, dass man als erstes die noch offenen Fragen zu klären habe, um u.a. zu wissen was auf einen zukommt. So sei es nun sinnvoll den Antrag in die nächste Sitzung zu schieben und die Frage bis dahin zu beantworten.

Rh. Johansen ergänzte, dass man es nicht zu kompliziert machen solle. Die Differenzierung vom normalen Gemeindeweg zum Radweg sei schwierig und man solle damit nicht anfangen. In Horsten würden ihm ca. 2 km Strecke einfallen, welche man als reinen Radweg deklarieren könnte.

Rh. Engelbrecht bat darum nach der intensiven Diskussion nun über die Anträge abzustimmen.

Der Antrag von Rh. Johansen bezüglich der Verschiebung des behandelten Antrages in den nächsten Ausschuss nach Klärung der noch offenen Fragen, wurde mit 3 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen abgelehnt.

Dem Antrag der Sitzungsvorlage vom 29.05.2021 wurde mit 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

Dem Verwaltungsausschuss wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Ertüchtigungsleistungen der Fahrradwege ist ein eigener Haushaltsposten anzusetzen, so dass die Kosten nicht den bisherigen Posten der Straßenunterhaltung und ähnliche mindern.

TOP 8 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten - öffentlicher Teil

Es erfolgte kein Bericht.

TOP 9 Anfragen und Anregungen - öffentlicher Teil

Der Vertreter des Jugendparlaments Herr Weber bat um eine Schulung des Jugendparlaments zum Haushaltsrecht, da fast alle im Jugendparlament sich mit dem Haushalt nicht auskennen würden.

Der BM teilte mit, dass eine solche Schulung demnächst stattfinden könne.

Rh. Haak wies mit Blick auf die Belastung der Etzeler Kuhle mit Blaualgen darauf hin, dass Anglern bei Erteilung von Gästekarten durch die Touristinfo der Hinweis gegeben werde, dass keine Anfütterung der Fische erfolgen sollte. Dies würde die Problematik noch weiter verschärfen. Im besten Falle solle dort auch ganz auf das Angeln verzichtet werden. Der Angelverein möge mit ins Boot geholt werden.

Rh. Behrends wies darauf hin, dass die Paddel- und Pedalstation sehr selten besetzt bzw. nach 16 Uhr keiner mehr anzutreffen sei. Die Qualität des Betriebes habe leider bisher mit jedem Betreiberwechsel nachgelassen. Auch die Pflege der Außenanlagen und der Verbleib der Boote

im Außenbereich z.B. auch im Winter seien kritisch zu sehen und führten dazu, dass dieses Aushängeschild der Gemeinde nicht mehr sein Potential abrufe. Es solle mit den Betreibern gesprochen werden, um einer Verbesserung der aktuellen Situation zu erreichen.

Rf. Stehle beschwerte sich über die letzte Einlasszeit beim Waldfreibad um 18:00 Uhr. Sie und eine Fahrradgesellschaft sowie zwei Kinder wollten heute um 18:05 Uhr noch kurz in das Schwimmbad, was Ihnen jedoch mit Hinweis auf diese Einlasszeit verwehrt wurde. Das Freibad wäre bis 19:00 Uhr geöffnet und sie wäre bis dahin sicher wieder draußen gewesen. Sie bat darum, dass man hier flexibler agiere.

Rf. Eilers bat darum, dass veranlasst werde die Hecke Doser Weg/ Langstraßer Weg und Langarstraße mit Blick auf die Schulwegsicherung zurückzuschneiden.

Auf Nachfrage von Rf. Heeren nach neueren Erkenntnissen zu Wohnmobilstellplätzen erklärte der BM, dass sich mehrere private Anbieter darum bemühen bis zu 3 Wohnmobilplätzen anzubieten und man dies auch unterstütze. Ansonsten gebe es derzeit noch keinen neuen Sachstand.

Rf. Stehle fragte nach der Frequentierung der Wohnmobilstellplätze auf dem Schützenplatz und erkundigte sich, inwiefern Flächen im Bereich des Campingplatzes in Marx bereits genutzt würden. Nach einem Zeitungsbericht habe sie den Eindruck gewonnen, dass hier bereits eine Nutzung umgesetzt werde, welche aber baurechtlich noch nicht zulässig sei.

Der BM antwortete, dass aktuell den Schützenplatz nach seinem Kenntnisstand immer ca. 4-5 Wohnmobile nutzen. Genauere Zahlen könnte hier aber die Touristinfo liefern. Zum Bereich auf dem Campingplatz in Marx bestätigte der BM, dass auch für ihn durch den Zeitungsbericht ein falscher Eindruck vermittelt worden sei. Es sei dort durch die bisherigen Schritte noch kein Planungsrecht geschaffen worden. Das weitere Vorgehen befinde sich hier noch in der Klärung.

Rh Behrends bemängelte, dass das Straßenbegleitgrün in Hesel einen hohen Bewuchs aufweise und die Verkehrssicherheit hierdurch gefährdet sei. Er bat darum hier frühzeitiger zu mähen, um eine bessere Einblickmöglichkeit für alle Verkehrsteilnehmer zu ermöglichen und eine eventuelle Gefährdung zu verhindern.

Nach entsprechender Zustimmung durch Rf. Heeren erläuterte der BM, dass der Zeitpunkt des Beginns der Mäharbeiten und der Reihenfolge innerhalb der Gemeinde immer wieder kritisch diskutiert werde. Hier ginge es immer auch um die Abwägung der Verkehrssicherheit gegenüber dem Mehrwert des Bewuchses der Bermen.

TOP 10 Schließung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende schloss um 20:20 Uhr die öffentliche Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer